

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Manuel Baruschke (anwesend bis vor Abstimmung zu TOP 8.1.3)

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Beigeordnete Christina Heide

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Ratsmitglied Uwe Reese

Beigeordneter Detlef Schön (anwesend bis vor Abstimmung zu TOP 8.1.3)

Ratsmitglied Gabriele Schröder (anwesend bis vor Abstimmung zu TOP 8.1.3)

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt (anwesend bis einschl. TOP 9.3)

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Beigeordneter Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Ulf Berner

Beigeordneter Martin Burkhardt

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti (anwesend bis einschl. TOP 8.1.7)

Ratsmitglied Thorsten Moriß

Ratsmitglied Detlef Stump

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte (anwesend bis einschl. TOP 8.1.7)

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtbaurat Nikša Marušić

von der Verwaltung

Leitung Referat 5 - Referat für Recht, Kommunalverfassungsangelegenheiten, Kultur, Bildung und Sport Marion Winkel-Fiedelak

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereich Kommunikation & Koordination Stephanie Steenken

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Rechnungsprüfungsamt Alexandra Jürgens

Fachbereichsleitung Finanzen Torben Müller

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Michael Kieseewetter

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Ratsmitglied ChristianE Seyffer

als Gast

Fachbereich Kommunikation & Koordination Vanessa Becker (zu TOP 6.1)

Geschäftsführerin Klinikum Wilhelmshaven Dr. Rafaela Korte (zu TOP 6.2 und 6.3)

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 4 und 19/20

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

7.1	Betriebsführungsvertrag "UNESCO - Weltnaturerbe - Wattenmeer-Besucherzentrum e.V."	2/2023
7.2	Berufung neuer Elternvertretungen in den Schulausschuss	3/2023
7.3	Änderung der Wahlordnung des Jugendparlaments	5/2023
7.4	Abberufung und Neubenennung eines Mitglieds im Aufsichtsrat und Beirat "Marketing" der Ostfriesland Tourismus GmbH	12/2023
7.5	Neubesetzung von Gremien und Ausschüssen (auf Antrag von Beigeordnetem Heinemann)	
8.1.1	Antrag Ratsherr Baruschke: Wiederaufnahme des Toilettenbetriebs an den Markttagen auf dem Wochenmarkt Fedderwardergröden	505/2023
8.1.2	Antrag Ratsherr Becker auf Änderung der "Zuwendungssatzung"	508/2023
8.1.3	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH	509/2023
8.1.4	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven	511/2023
8.1.5	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung der Voraussetzung für die Unterzeichnung der "#positivarbeiten Deklaration"	512/2023
8.1.6	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Für selbstbestimmte Tempo-30-Zonen in Wilhelmshaven	513/2023
8.1.7	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Unterzeichnung der Charta der Vielfalt	515/2023
8.2.1	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Aufbau eines Netzes von intelligenten Straßenlaternen („Licht nach Bedarf“)	579/2022
8.3.1	Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen - Beschluss über die Leistungsbeschreibung	161/2022
9.1	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Aufnahme eines beratenden Mitgliedes aus dem Seniorenbeirat in die Fachausschüsse	546/2022
9.2	Antrag Gruppe "GRÜNE und GfW": Situation Umzug Firma ALBA Metall Nord GmbH und Bebauungspläne Emsstraße	583/2022
9.3	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Änderung der Geschäftsordnung	503/2023
9.4	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Strafanzeige wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht	514/2023
10.1	Anfrage Ratsherr Moriße: Informationen zum Pfändungsverfahren der Stadt Wilhelmshaven für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk	504/2023
10.2	Anfrage Ratsherr Moriße: Informationen zum Vogelschutzgebiet "Voslapper Groden-Nord"	506/2023
10.3	Anfrage Ratsherr Moriße: Information Flüchtlinge/Asylsuchende in Wilhelmshaven	507/2023
11	Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Einwohnerfragestunde I (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

6 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist berichtete über die erfolgreiche Bewerbung der Stadt für die Zertifizierung als Fairtrade Town sowie über die Erneuerung von Luftfilteranlagen, welche die Stadt aus der „Bundesförderung Coronagerechte stationäre raumluftechnische Anlagen und Zu- und Abluftanlagen“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz möglich geworden sei.

Herr Marušić informierte über die bevorstehende Herrichtung des Geländes an der Möwenstraße für den Neubau der Marion-Dönhoff-Schule.

Abschließend gab **Herr Schönfelder** einen Überblick über die aktuelle Situation bei der Unterbringung von Flüchtlingen und beantwortete eine Nachfrage von **Frau Weinstock**.

6.1 Sachstand Tourismuskonzept

Frau Becker gab anhand einer Präsentation einen Überblick über den aktuellen Stand der Umsetzung des Tourismuskonzeptes.

(Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Von der anschließenden Möglichkeit Fragen zu stellen machten **Herr Schön, Herr Brandt, Oberbürgermeister Feist, Herr Tönjes, Herr Schaar, Herr Dr. Weithöner, Herr Marušić, Herr Reese** und **Herr Baruschke** Gebrauch.

6.2 Sachstand Klinikum

Frau Dr. Korte informierte im Rahmen einer Präsentation über die aktuelle Lage am Klinikum und ging dabei auch kurz auf den Sachstand zum Letter of Intent zwischen den Kliniken Wilhelmshaven und Friesland (TOP 6.3) ein.

(Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Anschließend beantwortete **Frau Dr. Korte** die Fragen von **Herrn Tönjes, Herrn Heinemann, Frau Mandt, Herrn Schön, Herrn Walpurgis, Herrn Stoffers, Herrn Stump, Herrn Schaar** und **Herrn Schoolmann**.

6.3 Sachstand Letter of intent (LOI) zwischen den Kliniken Wilhelmshaven und Friesland

Siehe TOP 6.2

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordnete Heide)

7.1 Betriebsführungsvertrag "UNESCO - Weltnaturerbe - Wattenmeer-Besucherzentrum e.V." **2/2023**

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 23.01.2023 vor.

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Burkhardt, Herr Tönjes** und **Herr Marušić**.

Anschließend beantragte **Herr Heinemann** für die CDU-Fraktion die folgende **Änderung**. Dabei bat er, am Ende des zweiten Absatzes das Wort „erhöht“ durch das Wort „verringert“ zu ersetzen:

„Der Beschlussvorschlag soll lauten:

1. *Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den neuen Betriebsführungsvertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Verein „UNESCO – Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V.“ mit folgender Änderung:*

In § 2 Nr. 3 (Zuschusspauschale der Stadt) wird im 4. Absatz, zweiter Spiegelstrich (Überschuss 20.000 – 50.000 €), die Auszahlung der Zuschusspauschale auf 30% (bisher 20%), unter dem dritten Spiegelstrich (Überschuss über 50.000 €) auf 40% (bisher 30%) ~~erhöht~~ verringert.

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, das Land aufzufordern, sich an den zukünftigen Kostensteigerungen im Verhältnis des Zuschusses der Stadt zum Zuschuss des Landes zu beteiligen.“*

Nach Wortmeldungen von **Herrn Stoffers** und **Herrn Marušić** wurde dem **Änderungsantrag** bei 37 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 38 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen)

~~Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt einen neuen Betriebsführungsvertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Verein „UNESCO – Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V.“.~~

1. *Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den neuen Betriebsführungsvertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Verein „UNESCO – Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum e.V.“ mit folgender Änderung:*

In § 2 Nr. 3 (Zuschusspauschale der Stadt) wird im 4. Absatz, zweiter Spiegelstrich (Überschuss 20.000 – 50.000 €), die Auszahlung der Zuschusspauschale auf 30% (bisher 20%), unter dem dritten Spiegelstrich (Überschuss über 50.000 €) auf 40% (bisher 30%) verringert.

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, das Land aufzufordern, sich an den zukünftigen Kostensteigerungen im Verhältnis des Zuschusses der Stadt zum Zuschuss des Landes zu beteiligen.*

(geändert auf Antrag der CDU-Fraktion im Rat am 25.01.2023)

7.2 Berufung neuer Elternvertretungen in den Schulausschuss

3/2023

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 23.01.2023 vor.

Herr Tönjes bat, künftig aus Datenschutzgründen die Adressen wegzulassen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Auf Vorschlag des Stadelternrates werden als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder in den Schulausschuss berufen:

Für die allgemeinbildenden Schulen als Mitglied

Herr Carlo Cottin, Johann-Janßen-Ring 59, 26386 Wilhelmshaven,

als erstes stellvertretendes Mitglied

Herr Timo Nippe, Ebertstr. 38 a, 26382 Wilhelmshaven,

und als zweites stellvertretendes Mitglied Heiko Lengen,
Tischlerstr. 8, 26382 Wilhelmshaven.

Für die Berufsbildenden Schulen als Mitglied

Herr Uwe Sassenburg, Nogatstr. 30, 26388 Wilhelmshaven.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 16:30 Uhr bis 16:45 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der übrigen Punkte aus dem Verwaltungsausschuss.

7.3 Änderung der Wahlordnung des Jugendparlaments

5/2023

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 23.01.2023 vor.

Zum Thema meldeten sich die **Herren Hager** und **Burkhart** zu Wort.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die anliegende Änderungsverordnung zur Wahlordnung des Jugendparlaments der Stadt Wilhelmshaven.

7.4 Abberufung und Neubenennung eines Mitglieds im Aufsichtsrat und Beirat "Marketing" der Ostfriesland Tourismus GmbH

12/2023

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 23.01.2023 vor.

Zwischen den **Herren Burkhardt, Schönfelder** und **Oberbürgermeister Feist** wurde die Frage diskutiert, warum nicht eine Besetzung aus den Reihen des Rates erfolge.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 30 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen)

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft Benjamin Buserath, Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH, als stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates und Mitglied des Beirates „Marketing“ der Ostfriesland Tourismus GmbH zum 26.01.2023 ab.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven benennt als stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates und Mitglied des Beirates „Marketing“ mit Wirkung vom 26.01.2023 Herrn Andreas Hugle, Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH.

7.5 Neubesetzung von Gremien und Ausschüssen (auf Antrag von Beigeordnetem Heinemann)

Herr Heinemann beantragte die folgenden Umbesetzungen, über die getrennt abgestimmt wurde:

Herr Olaf Werner scheidet aus dem **Aufsichtsrat Klinikum** und als **Stellvertreter** im **Betriebsausschuss Krankenhaus** aus, seinen Sitz nimmt jeweils **Dr. Uwe Biester** ein.

Dieser Umbesetzung wurde bei 38 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Des Weiteren scheidet Frau Elke Gozdzik aus dem **Seniorenbeirat** aus, ihren Sitz übernimmt **Herr Dr. Franz Köster**.

Dieser Umbesetzung wurde nach Diskussion zwischen **Herrn Burkhardt, Herrn Tönjes, Herrn Heinemann, Herrn Schönfelder** und **Frau Kloster** bei 36 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen ebenfalls **mehrheitlich zugestimmt**.

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

8.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
(Beigeordneter Heinemann)

8.1.1 Antrag Ratsherr Baruschke: Wiederaufnahme des Toilettenbetriebs an den Markttagen auf dem Wochenmarkt Fedderwardergroden **505/2023**

Herr Baruschke sprach sich gegen ein Zurückziehen des Antrages aus und hielt diesen aufrecht.

Herr Stoffers beantragte daraufhin „**Nichtbefassung**“.

Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde nach einer Wortmeldung von **Herrn Moriße** bei 23 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: Nichtbefassung

Der Rat der Stadt beschließt

Die Toiletten auf dem Marktplatz in Fedderwardergroden werden weiterhin an den Markttagen betrieben.

8.1.2 Antrag Ratsherr Becker auf Änderung der "Zuwendungssatzung"**508/2023**

Herr Becker brachte den Antrag ein.

Herr Walpurgis beantragte für die Gruppe „Die BUNTEN“ die folgende **Änderung**:

„1. Fraktionen und Gruppen von bis zu sechs Mitgliedern erhalten bei den jährlichen Zuwendungen folgende Beträge:

a. Sockelbetrag i.H.v. 620,- (bisher 520,-)

b. Betrag pro Mitglieder i.H.v. 160,- (bisher 130,-).

Dies würde für vier Fraktionen/Gruppen gelten.

2. Fraktionen und Gruppen mit mehr als sechs Mitgliedern erhalten bei den jährlichen Zuwendungen folgende Beträge:

a. Sockelbetrag i.H.v. 600,- (bisher 520,-)

b. Betrag pro Mitglieder i.H.v. 150,- (bisher 130,-).

Dies würde für drei Fraktionen/Gruppen gelten.

(alle Beträge in Euro)“

Nach Wortmeldungen der **Herren Dr. Schulte** und **Stump** wurde der Änderungsantrag bei 5 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 36 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen)

Mit Wirkung vom 01.01.2023 sollen alle in der Satzung über die Gewährung von Zuwendungen für die Fraktionen und Gruppen des Rates der Stadt Wilhelmshaven und des Ortsrates Sengwarden aufgeführten Euro-Beträge um einheitlich 15 % erhöht werden.

8.1.3 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH**509/2023**

Herr Fischer brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Herr Schön beantragte für die SPD-Fraktion die folgende **Änderung**:

„1. Der Rat beschließt die Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH unter § 10 (Aufsichtsrat) und weist die Gesellschafterversammlung wie folgt an:

- *Ein neuer Absatz e) wird eingefügt mit dem Text*

der/die jeweils amtierende Betriebsrats-Vorsitzende/r als stimmberechtigtes Mitglied

- die alten Absätze e) und f) werden zu den neuen Absätzen f) und g).

2. Der Ratsbeschluss ist unverzüglich durch Einberufung der Gesellschafterversammlung und entsprechende Beschlussfassung umzusetzen.

3. Der Aufsichtsrat wird aufgefordert, eine Teilnahme des/der Vorsitzenden des Betriebsrats an den Sitzungen des Aufsichtsrats bis zur wirksamen Umsetzung des Beschlusses gemäß § 10 Absatz 7 zu ermöglichen.“

An der Diskussion über den Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Suberg, Herr Schön, Herr Schönfelder, Frau Winkel-Fiedelak, Frau Stomberg, Herr Dr. Schulte, Herr Stoffers** und **Frau Dr. Korte**.

Herr Stoffers brachte darauf für die CDU-Fraktion ebenfalls einen **Änderungsantrag** ein:

„1. Es ist unverzüglich eine Gesellschafterversammlung einzuberufen mit dem TOP: Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven GmbH

2. § 10 der Satzung wird wie folgt geändert:

d) Satz 1: „zwei Arbeitnehmervertreter, die in einem Arbeitsverhältnis zur Gesellschaft stehen oder die in einem Arbeitsverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven stehen und der Gesellschaft gestellt sind.“

Satz 3: „Die Arbeitnehmervertreter scheiden mit Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses mit der Gesellschaft oder mit der Stadt bzw. mit Aufhebung der Gestellung aus dem Aufsichtsrat aus.““

Nach einer Wortmeldung von **Frau Dr. Kirstges** brachte **Herr Fischer** für die WIN@WBV-Fraktion einen dritten **Änderungsantrag** ein:

„Die Formulierung zu Punkt 1. des Änderungsantrags der SPD wird wie folgt gefasst:

1. Der Rat beschließt die Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH unter § 10 (Aufsichtsrat) und weist die Gesellschafterversammlung wie folgt an:

- In Absatz 1 wird ein neuer Punkt e) eingefügt mit dem Text

der/die jeweils amtierende Betriebsrats-Vorsitzende/r als stimmberechtigtes Mitglied

- die alten Punkte e) und f) werden zu den neuen Punkten f) und g).
- In Punkt d) wird das Wort „Zwei Arbeitnehmervertreter“ durch „Ein Arbeitnehmervertreter“ ersetzt.“

Herr Burkhardt bat daraufhin um eine Pause zur interfraktionellen Abstimmung.

Nach Wortmeldungen der **Herren Oberbürgermeister Feist, Tönjes, Dr. Schulte** und **Burkhart** wurde der Antrag auf Sitzungsunterbrechung bei 33 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Sitzung wurde daraufhin für eine **Pause von 17:40 Uhr bis 18:00 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung stellte **Frau Dr. Kirstges** den interfraktionell abgestimmten **Änderungsantrag** der Fraktionen WIN@WBV, CDU, SPD, Gruppe „Grüne und GfW“ und Gruppe „Die BUNTEN“ vor:

„Die Formulierung zu Punkt 1. des Änderungsantrags der SPD wird wie folgt gefasst:

1. *Der Rat beschließt die Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH unter § 10 (Aufsichtsrat) und weist die Gesellschafterversammlung wie folgt an:*

- In Absatz 1 wird ein neuer Punkt e) eingefügt mit dem Text*

ein vom Betriebsrat zu entsendendes stimmberechtigtes Mitglied

- die alten Punkte e) und f) werden zu den neuen Punkten f) und g).*
- In Punkt d) wird das Wort „Zwei Arbeitnehmervertreter“ durch „Ein Arbeitnehmervertreter“ der Gesamtbelegschaft ersetzt.*

Dieser Arbeitnehmervertreter wird ab der nächsten Betriebsratssitzung gleichzeitig gewählt. (organisatorisch).

Satz 3: “Die Arbeitnehmervertreter scheiden mit Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses mit der Gesellschaft oder der Stadt, bzw. mit Aufhebung der Gestellung aus dem Aufsichtsrat aus.”“

Herr Stoffers, Herr Fischer und Frau Heide zogen daraufhin Ihre Änderungsanträge zurück.

Nachdem sich die **Herren Dr. Schulte, Burkhardt** und **Reese** zum neuen Änderungsantrag geäußert hatten, wurde dieser bei 33 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 32 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

~~Der Rat beschließt,
die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf für eine Satzungsänderung für die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH zu erstellen, bei dem die Betriebsratsvorsitzende oder der Betriebsratsvorsitzende der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH im Aufsichtsrat stimmberechtigt vertreten ist. Der Entwurf ist dem Rat bis zur Sitzung im März zur Entscheidung vorzulegen.~~

Die Formulierung zu Punkt 1. des Änderungsantrags der SPD wird wie folgt gefasst:

2. Der Rat beschließt die Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH unter § 10 (Aufsichtsrat) und weist die Gesellschafterversammlung wie folgt an:

- In Absatz 1 wird ein neuer Punkt e) eingefügt mit dem Text

ein vom Betriebsrat zu entsendendes stimmberechtigtes Mitglied

- die alten Punkte e) und f) werden zu den neuen Punkten f) und g).
- In Punkt d) wird das Wort „Zwei Arbeitnehmervertreter“ durch „Ein Arbeitnehmervertreter“ der Gesamtbelegschaft ersetzt.

Dieser Arbeitnehmervertreter wird ab der nächsten Betriebsratssitzung—Betriebsratswahlperiode gleichzeitig gewählt. (organisatorisch).*

Punkt d) Satz 3 wird geändert: „Die Arbeitnehmervertreter scheiden mit Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses mit der Gesellschaft oder der Stadt, bzw. mit Aufhebung der Gestellung aus dem Aufsichtsrat aus.“*

(geändert im Rat am 25.01.2023 auf gemeinsamen Antrag der der Fraktionen WIN@WBV, CDU, SPD, Gruppe „Grüne und GfW“ und Gruppe „Die BUNTEN“)

* nachträglich geändert nach Information von Herrn Fischer, WIN@WBV-Fraktion, da im Änderungsantrag offensichtliche Unrichtigkeiten enthalten waren (der überarbeitete Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt).

8.1.4 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven **511/2023**

Herr Schaar brachte den Antrag ein und begründete diesen. Anschließend beantragte er die **Verweisung in alle Fachausschüsse**.

Nach Wortmeldungen der **Herren Tönjes, Brandt, Dr. Schulte, Marušić, Stoffers** und **Schaar** wurde der Verweisungsantrag bei 33 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

Die Stadt Wilhelmshaven wird ihrer Verantwortung auch als Auftraggeberin und Kundin für eine nachhaltige Entwicklung im

Sinne der Agenda 2030 der Vereinten Nationen bestmöglich gerecht. Die Verwaltung wird daher beauftragt, für die Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven und aller kommunalen Eigenbetriebe verbindliche Nachhaltigkeitsstandards festzulegen. Diese Standards sollen u.a. beinhalten:

- Produkte aus Kinderarbeit sind auszuschließen. Zudem soll bei der Beschaffung nichtheimischer Produkte ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung aller Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO), wie Beseitigung der Zwangsarbeit, Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen sowie Normen der Arbeitssicherheit gerichtet werden.
- Waren, die generell oder jahreszeitlich bedingt nur als Importware aus Ländern des globalen Südens zur Verfügung stehen, sollen aus fairem Handel beschafft werden (siehe TransFair-Zeichen), sofern ein entsprechendes Angebot verfügbar ist.
- Energieverbrauchsrelevante Waren, Geräte, Maschinen und Fahrzeuge sollen der höchsten verfügbaren Energieeffizienzklasse im Sinne der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung entsprechen.
- In Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen (Schulmensen, Kitas, Kantinen, Klinikum etc.) soll der Anteil der ökologisch erzeugten Nahrungsmittel mindestens 30 Prozent betragen. Zudem soll möglichst auf regionale und saisonale Produkte zurückgegriffen werden.
- Von der Kommune eingesetzte Pflanzsubstrate und Erden sollen torffrei sein.
- Von der Kommune eingekaufte oder in kommunalen Einrichtungen eingesetzte Produkte sollen mit dem Blauen Engel oder einem vergleichbaren Siegel gekennzeichnet sein. Papier und Papierwaren sollen aus Recyclingmaterial bestehen.
- Unternehmen, bei denen bekannt ist, dass sie wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes gegen das Lieferkettensorgfaltsgesetz zu einem Bußgeld verurteilt worden sind, sollen für mindestens drei Jahre von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden.

8.1.5 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung der Voraussetzung für die Unterzeichnung der "#positivarbeiten Deklaration" **512/2023**

Herr Berner brachte den Antrag mit anschließender Begründung ein. Gleichzeitig beantragte er die **Verweisung in alle Fachausschüsse**.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Tönjes** wurde der Verweisungsantrag bei 33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

Die Verwaltung prüft die Voraussetzungen für eine Unterzeichnung der ‚#positivarbeiten Deklaration‘.

Respekt und Selbstverständlichkeit: Für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen im Arbeitsleben.

8.1.6 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Für selbstbestimmte Tempo-30-Zonen in Wilhelmshaven **513/2023**

Herr Schaar brachte den Antrag ein und begründete diesen. Anschließend beantragte er die **Verweisung** an den Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude, den Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven, Ausschuss für Planen und Bauen, Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz, Schulausschuss und den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration.

An der Diskussion über den Verweisungsantrag beteiligten sich die **Herren Marušić, Walzner, Dr. Schulte, Stoermer** und **Dr. Weithöner**.

Herr Schaar zog daraufhin seinen Verweisungsantrag zurück.

Nach Wortmeldungen der **Herren Tönjes, Suberg, Marušić** und **Schaar** erfolgte die Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 26 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Wilhelmshaven schließt sich dem Bündnis "Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten" an.

8.1.7 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Unterzeichnung der Charta der Vielfalt **515/2023**

Herr Berner brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

An der Diskussion über den Antrag beteiligten sich die **Herren Brandt, Ehlers, Bulla, Oberbürgermeister Feist, Tönjes, Fischer, Dr. Weithöner, Dr. Schulte, Schaar** und **Berner**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 25 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen)

Die Verwaltung wird beauftragt, als Stadt Wilhelmshaven der „Charta der Vielfalt“ beizutreten, so wie es die WTF bereits als Gesellschaft der Stadt Wilhelmshaven vollzogen hat.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 18:45 Uhr bis 19:00 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der Vorlagen aus den übrigen Fachausschüssen.

8.2 Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

8.2.1 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Aufbau eines Netzes von intelligenten Straßenlaternen („Licht nach Bedarf“) **579/2022**

Herr Bulla brachte den Antrag ein.

Nach Wortmeldungen von **Frau Mandt** und **Herrn Tönjes** erfolgte die Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

Der Rat beschließt,
der Eigenbetrieb TBW wird beauftragt, den Aufbau eines Netzes von intelligenten, vernetzten Straßenlaternen nach dem Prinzip „Licht nach Bedarf“ zu prüfen. Der Einsatz soll zunächst in einem geeigneten, abgegrenzten Gebiet (beispielsweise Grüner Ring) erfolgen. Weiterhin sind Fördermöglichkeiten von Bund und Land zu sondieren.

8.3 Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss
(Ratsherr Fischer)

8.3.1 Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen - Beschluss über die Leistungsbeschreibung **161/2022**

Herr Fischer trug den Beschlussvorschlag des Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschusses vom 20.12.2022 vor.

Anschließend beantragte er die **Vertagung auf die nächste Ratssitzung**.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Tönjes** beantragte **Frau Heide** die **Vertagung bis zu den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 oder bis ins Unendliche**.

Nachdem dieser neue Vertagungsantrag zwischen **Herrn Burkhart**, **Herrn Tönjes**, **Herrn Fischer** und **Frau Heide** diskutiert worden war, wurde dieser bei 6 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Vertagungsantrag von Herrn Fischer wurde nach einer Wortmeldung von **Frau Kloster** bei 31 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: **vertagt**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der vorlegten Leistungsbeschreibung „Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen“ zu.

9 Anträge9.1 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Aufnahme eines beratenden Mitgliedes aus dem Seniorenbeirat in die Fachausschüsse **546/2022**

Herr Burkhardt brachte den Antrag ein.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, jeweils ein (1) Mitglied des Seniorenbeirats der Stadt Wilhelmshaven in den folgenden Ausschüssen aufzunehmen:

- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration
- Ausschuss für Planen und Bauen
- Ausschuss für Kultur
- Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
- Ausschuss für Sport
- Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven.

Das entsendete Mitglied des Seniorenbeirats wird als beratendes und nicht stimmberechtigtes Mitglied an den Ausschusssitzungen teilnehmen.

Rechtsgrundlage: NKomVG §71 Abs. 7.

9.2 Antrag Gruppe "GRÜNE und GfW": Situation Umzug Firma ALBA Metall Nord GmbH und Bebauungspläne Emsstraße **583/2022**

Herr Berner zog den Antrag **zurück**.

Herr Tönjes übernahm daraufhin den Antrag und brachte diesen erneut ein.

Herr von den Berg beantragte „**Nichtbefassung**“; dieser Geschäftsordnungsantrag wurde nach Wortmeldungen der **Herren Tönjes** und **Suberg** bei 29 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen (darunter die Gruppe „Die BUNTEN“) **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: **Nichtbefassung**

In der Beratung sollten folgende Fragestellungen seitens der Verwaltung geklärt werden:

1. Stimmt es, dass Sie als Oberbürgermeister mit dem Stadtbaurat in der 45. KW oder zu einem anderen Zeitpunkt ein Treffen mit den Gewerbetreibenden im Gebiet des Banter Sees / Emsstraße hatten?
2. Welche Sachverhalte wurden bei dem Gespräch / Treffen erörtert?
3. Ist es richtig, dass bei diesem Gespräch / Treffen u. a. auch Umsiedlungspläne für die Gewerbetreibenden kommuniziert wurden?
4. Vor welchem Hintergrund wurden diese Gespräche geführt und welche Ziele wurden und werden damit verfolgt?
5. Gibt es Pläne in dem Gebiet an diversen Stellen eine Luxusbebauung umzusetzen bis 2030?
6. Wenn diese Pläne vorliegen, wie wäre die Sanierung des Bodens der Grundstücke zu regeln? Und wer trägt die Umzugskosten?

Beschlussvorschlag

Einzelbaumaßnahmen im Bereich Banter See, vor Fertigstellung des Banter-See-Konzeptes, sind abzulehnen.

9.3 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Änderung der Geschäftsordnung **503/2023**

Herr Burkhardt brachte den Antrag ein und beantragte anschließend die folgende **Änderung:**

„Der Satz zur Ergänzung des § 12 Abs. 6 Buchstabe f) wird wie folgt geändert:

streiche: „mehrmalig“

setze: „bis zu dreimal““

An der Diskussion über den Antrag und die eingebrachte Änderung beteiligten sich **Herr Walpurgis, Herr Brandt, Herr Tönjes, Herr Heinemann, Herr Fischer, Herr Ehlers, Frau Weinstock** und **Herr Suberg**. Dabei bestand Einigkeit darüber, dass das Anliegen in den Ausschüssen bereits gelebt werde.

Herr Burkhardt zog daraufhin seinen Antrag inklusive der Änderung zurück.

Beschluss: zurückgezogen

Die Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven wird im § 12 Abs. 6 um folgenden Punkt ergänzt:

f) um in den vorbereitenden Ausschüssen Anträge und Vorlagen für die Sitzungen des Rates mit der gebotenen Sorgfalt vorzubereiten, darf zum jeweiligen Tagesordnungspunkt mehrmalig durch die Ausschussmitglieder gesprochen werden.

- 9.4 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Strafanzeige wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht **514/2023**

Herr Berner trug den Antrag vor und begründete diesen anschließend.

Herr Tönjes beantragte „**Nichtbefassung**“.

Nach einer Wortmeldung von **Frau Stomberg** wurde der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Tönjes bei 27 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: Nichtbefassung

Der Rat beschließt, die Verwaltung mit der Einreichung einer ‚Strafanzeige gegen Unbekannt‘ wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht – Öffentlichmachung von Inhalten aus nichtöffentlichen Ratssitzungen – einzureichen.
Über die Einreichung der Strafanzeige ist die Presse zu informieren.

10 Anfragen

- 10.1 Anfrage Ratsherr Moriße: Informationen zum Pfändungsverfahren der Stadt Wilhelmshaven für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk **504/2023**

Herr Müller beantwortete die Anfrage wie folgt:

Wie häufig wurde die Stadt Wilhelmshaven in den letzten 3 Jahren vom „Beitragsservice des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ beauftragt, Zahlungen für diesen einzutreiben?

Vorweg: Der Beitragsservice ist nicht weisungsbefugt gegenüber der Stadt und kann uns daher nicht beauftragen.

Beitragsgläubiger der Rundfunkgebühren sind die Landesrundfunkanstalten, in Niedersachsen der NDR. Auf Grundlage des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages bilden und betreiben die Landesrundfunkanstalten eine Verwaltungsgemeinschaft, den Beitragsservice (früher GEZ). Dieser ist bis einschließlich zum Mahnverfahren für die Beitreibung der Gebühren zuständig. Erst für die Vollstreckung der Bescheide über rückständige Rundfunkgebühren sind die Gemeinden im Rahmen der Vollstreckungshilfe, geregelt im Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetz, zuständig. Die Aufgabe ist in Wilhelmshaven in der Stadtkasse des Fachbereichs Finanzen verortet.

Insofern wendet sich der Beitragsservice mit Ersuchen an die Stadt, nicht mit Aufträgen.

In dem Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2022 hat der Beitragsservice insg. 5.097 solcher Ersuchen an die Stadt Wilhelmshaven gerichtet. Diese hatten ein Gesamtvolumen von 1,662 Mio. €. Bisher konnte die Stadtkasse hiervon 428 Tausend € beitreiben und dem Beitragsservice überweisen.

Forderungen in Höhe von 1,138 Mio.€ waren nicht vollstreckbar (Schuldner pfandlos, Nachweis Befreiung beigebracht, usw).

Derzeit befinden sich aus dem genannten Dreijahreszeitraum noch 2.048 Fälle im Verfahren, diese haben ein Gesamtvolumen von 96 Tausend €.

Für die Vollstreckungshilfe erhalten Gemeinden eine Vollstreckungskostenpauschale von 31,00 € pro Ersuchen, unabhängig vom Vollstreckungserfolg. In den letzten drei Jahren hat die Stadt hierdurch insgesamt 158 Tausend € vom Beitragsservice erhalten.

10.2 Anfrage Ratsherr Moriße: Informationen zum Vogelschutzgebiet „Voslapper Groden-Nord“ **506/2023**

Herr Marušić beantwortete die zweite Anfrage von Herrn Moriße:

1. Wie schätzt die Stadtverwaltung die Bedeutung des Vogelschutzgebietes „Voslapper Groden-Nord“ ein?

Die Bedeutung des Gebietes ergibt sich aus dem Schutzstatus als europäisches Vogelschutzgebiet und nationales Naturschutzgebiet (höchste Schutzkategorie). Eine abweichende Einschätzung seitens der Stadtverwaltung gibt es nicht.

2. Fordert die Stadtverwaltung für das Vogelschutzgebiet vom Betreiber Tes vor Baubeginn ein Verträglichkeitsgutachten an?

Solange das Vogelschutzgebiet Voslapper Groden existiert, sind Projekte auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des Gebietes zu prüfen. Das Verfahren für das FSRU II ist noch nicht eingeleitet worden. Eine Antragskonferenz fand am 12.01.23 statt. Aufgrund der unmittelbaren Nähe des Projektgebietes zum Vogelschutzgebiet ist zumindest eine Verträglichkeitsvorprüfung, ggf. auch eine nachfolgende Verträglichkeitsprüfung erforderlich.

10.3 Anfrage Ratsherr Moriße: Information Flüchtlinge/Asylsuchende in Wilhelmshaven **507/2023**

Herr Schönfelder erklärte, er habe sich mit Herrn Moriße auf eine Beantwortung in der nächsten Ratssitzung verständigt, da nicht alle Antworten zu heutiger Sitzung vorgelegen haben.

Dies wurde von **Herrn Moriße** bestätigt.

11 Einwohnerfragestunde II
[Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates]

Frau Vivien Hinrich bezog sich auf den Vortrag zu **TOP 6.1** und appellierte, die Schlusslichter in Sachen Besucherzahlen, wie zum Beispiel die Kunsthalle, nicht „hinten runter“ fallen zu lassen. Ihr stelle sich die Frage, warum dies nicht im Tourismuskonzept zur Sprache komme und ob sich der Rat darüber Gedanken mache.

Herr Becker und **Oberbürgermeister Feist** wiesen darauf hin, dass es keinen Ratsbeschluss gebe, auf bestimmte Kultureinrichtungen verzichten zu wollen. Der Vortrag zum Tourismuskonzept gebe nur den aktuellen Planungsstand wieder. Es gebe jedoch keine Streich- oder Positivlisten.

Frau Hinrich merkte abschließend an, ihr fehlten im Vortrag Vorschläge, wie die Besucherzahlen verbessert werden könnten.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin